

Entschliessung der E.F.T.A. (Stockholm, 20. November 1959)

Quelle: Archives historiques des Communautés européennes, Florence, Villa Il Poggiolo. Fonds des institutions communautaires européennes, EC. Conseil des ministres, CM. CM 2/1959.

Urheberrecht: (c) Historical Archives of the European Union-Florence

Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL: http://www.cvce.eu/obj/entschliessung_der_e_f_t_a_stockholm_20_november_1959-de-a071925e-f13b-43c8-92a2-4aec02cdd061.html

Publication date: 23/10/2012

Entschliessung der Sieben anlässlich der Paraphierung des Abkommens über die Gründung der Europäischen Freihandelsassoziation (20. November 1959)

"Die sieben Länder, die gegenwärtig die Europäische Freihandelsassoziation gründen, haben seit mehr als zehn Jahren im Rahmen der OEEC mit den sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sowie mit Griechenland, Irland, Island, der Türkei und seit kürzerem auch Spanien, überaus erfolgreich zusammengearbeitet ; ist doch die bemerkenswerte Ausweitung der europäischen Wirtschaft seit Ende des Krieges weitgehend auf die Bemühungen der OEEC zurückzuführen.

Die Leistungen der OEEC haben sich weit über Europa hinaus günstig ausgewirkt. Durch Schaffung der Voraussetzungen für die Konvertierbarkeit der Währungen hat die OEEC ihre Mitglieder in die Lage versetzt, die Handelshemmnisse auch Drittländern gegenüber schrittweise zu beseitigen. Durch die Förderung eines freieren Handels in Europa trägt die OEEC in beachtlichem Masse zur Liberalisierung des Handels auf weltweiter Ebene bei. Das Bestehen von zwei Gruppen – der Europäischen Freihandelsassoziation und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft -, die auf unterschiedlichen, aber nicht unvereinbaren Grundsätzen beruhen, bringt die Gefahr mit sich, dass weitere Fortschritte in dieser Richtung gehemmt werden, wenn eine solche Gefahr nicht durch ein Uebereinkommen mit allen an der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit interessierten Ländern ausgeschaltet werden kann. Ein derartiges auf dem Grundsatz der Gegenseitigkeit beruhendes Uebereinkommen dürfte die Massnahmen der Europäischen Freihandelsassoziation sowie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in keiner Weise berühren. Es müsste ferner den Mitgliedstaaten beider Organisationen gestatten, ihre jeweiligen Handelshemmnisse gemeinsam zu beseitigen, und müsste sie ganz allgemein in die Lage versetzen, für ihre gemeinsamen Probleme eine Lösung zu ermitteln. Unter anderem besteht das Problem der Hilfe für die europäischen und aussereuropäischen Entwicklungsländer, woraus sich für die Industrieländer eine der wichtigsten Aufgaben ergibt. Ein gemeinsames Vorgehen auf diesem Gebiet würde die zwischen den europäischen Ländern bereits bestehenden Bindungen sowie die Solidarität aufgrund ihres gemeinsamen Schicksals selbst dann stärken, wenn ihre Auffassungen darüber, in welcher Weise die europäische Integration zu erfolgen hat, nicht immer übereinstimmen.

Die sieben Regierungen, die das Abkommen über die Gründung der Europäischen Freihandelsassoziation unterzeichnen werden, erklären daher ihre Entschlossenheit, alles zu tun, um eine erneute Spaltung Europas zu vermeiden. Sie sind der Auffassung, dass ihre Assoziation einem Abkommen zwischen allen OEEC-Ländern entgegenkommt. Im Hinblick darauf sind die sieben Regierungen bereit, mit den EWG-Mitgliedstaaten Verhandlungen aufzunehmen, sobald diese zu einer Teilnahme hieran bereit sind. Inzwischen könnten auf diplomatischem oder anderem Wege Ausprachen darüber stattfinden, auf welcher Grundlage derartige Verhandlungen am zweckdienlichsten eingeleitet werden könnten."